

Interview
02.Juni 2022

Christoph Heinemann im Gespräch mit Wulf Gallert

Christoph Heinemann: Die westlichen Bundesländer werden für die Partei Die Linke wieder zur Terra Incognita, zu einem Gebiet, in dem sie sich nicht auskennt. Drei Landtagswahlen, dreimal hing die Fünf-Prozent-Hürde zu hoch. Selbst die Rückkehr in den Deutschen Bundestag gelang nur dank der Direktmandate. Dazu Berichte über sexuelle Übergriffe, die lange Zeit folgenlos blieben. Susanne Hennig-Wellsow, eine der beiden Vorsitzenden, hat das Handtuch geworfen. Beim Parteitag Ende Juni in Erfurt wird die Parteispitze neu gewählt. Bis dahin führt Janine Wissler die Partei allein. Zuvor hatte sich Sahra Wagenknecht mit Gleichgesinnten zu Wort gemeldet, wieder einmal mit einem Aufruf, diesmal für eine „populäre Linke“. Die Forderungen: Ungleichheit zurückdrängen, eine wirksame und gerechte Klima- und Umweltpolitik und – besonders aktuell – jedwede Konfliktlösung mit militärischen Mitteln möchten die Linkspopulären ausschließen. Für die Parteiführung kandidiert auch Wulf Gallert. Er ist Vizepräsident des Landtages von Sachsen-Anhalt. Guten Morgen.

Wulf Gallert: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Heinemann: Herr Gallert, warum bewerben Sie sich?

Gallert: Erst mal vielleicht eine kleine Korrektur. Ich bewerbe mich nicht als Bundesvorsitzender meiner Partei, sondern ich bewerbe mich als stellvertretender Bundesvorsitzender meiner Partei. Meine Motive dafür liegen eigentlich in den Entwicklungen meiner Partei und meiner Tätigkeit in den letzten anderthalb Jahren. Ich war in den letzten anderthalb Jahren bereits Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes und habe mich da intensiv mit den Debatten zur Außenpolitik, zur Friedenspolitik und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. Das ist auch genau das Feld, das ich weiter bearbeiten will, dann in dieser neuen Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, und ich glaube, das ist sehr dringend nötig, weil wir bereits bei der Auswertung der Bundestagswahlen gemerkt haben, dass das ein Feld ist, das viele Wähler uns nicht als Kompetenz abnehmen, und dass wir an dieser Stelle häufig Menschen, die sich selber als links einordnen, offensichtlich mit unseren Konzepten nicht überzeugen können. Eine Untersuchung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat jetzt erbracht, dass auf die Frage, warum wählen Sie nicht Die Linke, 43 Prozent der Menschen geantwortet haben, wegen ihrer Außenpolitik, und ich glaube, das ist ein dickes Brett, was wir jetzt sehr deutlich bohren müssen.

Heinemann: Wie halten Sie es mit der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO?

Gallert: Niemand hat in unserem Parteiprogramm gefordert, dass Deutschland aus der NATO austritt, aber wir haben eine ganz grundsätzliche Kritik an der NATO, weil – und das will ich hier auch ganz deutlich formulieren – die NATO ist zum einen natürlich ein Relikt des Kalten Krieges. Und selbst wenn es eine interne Verständigung geben würde, dass man sich vollständig von diesen Wurzeln löst, heißt das noch lange nicht, dass andere dies glauben. Zum anderen hat die NATO natürlich eine lange Liste von Kriegen und militärischen Interventionen – ich erinnere an den Irak-Krieg mit einer Million Toten –, die dieses Bündnis auch politisch schwer belasten. Und dann haben wir die Situation, dass die NATO natürlich stark USA-dominiert ist. Die USA haben aber ganz objektiv andere Sicherheitsinteressen als die europäischen Länder und wir sehen ja, wie fragil die politischen Verhältnisse in den USA sind. Man sieht das bei Trump ...

Heinemann: Herr Gallert, Entschuldigung! Was heißt das denn jetzt für die Mitgliedschaft Deutschlands in dieser NATO, wie sie heute besteht?

Gallert: Na ja, Deutschland ist Mitglied in dieser NATO. Sie reflektieren jetzt auf das Erfurter Parteiprogramm. Da steht genau nicht drin, dass wir wollen, dass Deutschland aus der NATO austritt,

sondern wir wollen, dass die NATO überwunden wird und in ein anderes kollektives Sicherheitssystem überführt werden soll.

Heinemann: Und wenn die NATO das nicht will, was dann?

Gallert: Dann werden wir als Linke alternative Konzepte entwickeln, die die berechtigte Skepsis gegenüber diesem Militärbündnis mit Alternativen untersetzen. Ich will Sie mal erinnern. Es ist noch nicht allzu lange her, da hat der französische Präsident die NATO als hirntot bezeichnet und der amerikanische Präsident nicht so sehr viel anders. Wir wissen, dass dieses Militärbündnis nicht in Stein gemeißelt ist, dass es jetzt eine Realität ist. Wir wissen auch, dass vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine viele, vor allen Dingen ost- und nordeuropäische Länder jetzt die NATO als einzige Sicherheitsalternative ansehen. Aber das heißt ja nicht, dass man nicht grundsätzlich über Alternativen nachdenken kann.

Heinemann: Kann man durchaus tun. Aber wenn die NATO so bliebe, wie sie jetzt ist, sollte dann Deutschland trotzdem drin bleiben?

Gallert: Noch mal: Es ist nicht besser eine NATO ohne oder mit Deutschland, wenn sie so bleibt, wie sie ist.

Heinemann: Es gibt aber keine Anzeichen, dass jetzt auf Druck der Linken sich die NATO verändern würde.

Gallert: Na ja. Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Debatten auch in anderen europäischen Ländern, inwiefern die Struktur der NATO eine wirkliche Antwort auf die politische Situation, auf die globale Situation ist, und vor allen Dingen, inwiefern die NATO nicht in ihrer jetzigen Konstruktion auch perspektivisch eine deutliche Gefahr ist, wenn wir es wirklich mit einer bipolaren Auseinandersetzung im globalen Maßstab zwischen USA und China zu tun haben. Dann braucht Europa eine eigene Rolle und das sind Debatten, die führen nicht nur die Linken, aber natürlich vor allen Dingen die Linken.

Heinemann: Warum sehen die Schweden und die Finnen das anders?

Gallert: Die haben natürlich jetzt unter dem Druck der Ereignisse und der russischen Aggression in der Ukraine genau das Problem, dass, wie die Vorsitzende der finnischen Linkspartei sagt, die Linken und diejenigen, die der NATO skeptisch gegenüberstehen, keine, für die Leute nachvollziehbare und attraktive Alternativen entwickelt haben. Das ist genau übrigens auch der Befund aus meiner Perspektive für die eigene Partei Die Linke, so dass es dort jetzt inzwischen natürlich, weil es keine vernünftigen Alternativen gibt, inzwischen den Wunsch gibt, Sicherheit durch eine NATO-Mitgliedschaft zu erreichen. Das ist total verständlich in dieser Situation. Ich kann nur sagen, die schwedische Linkspartei geht zum Beispiel einen anderen Weg. Sie sagt ausdrücklich auch in dieser Situation: Nein, wir lehnen eine entsprechende Mitgliedschaft in der NATO ab. Aber natürlich ist die russische Aggression im Grunde genommen nichts anderes als die Wiedergeburt der NATO. Der NATO hätte für ihre eigene Entwicklung keine andere politische Entwicklung so geholfen wie diese Aggression durch Putin. Putin erreicht genau das Gegenteil durch so eine Aggression, nämlich dass die Leute in den Ländern, die möglicherweise betroffen sind, keine Alternative zur NATO sehen.

Heinemann: Herr Gallert, warum scheitert Die Linke gegenwärtig bei Wahlen?

Gallert: Ich glaube, wir haben ein Problem damit zu definieren, wie eine linke Partei im 21. Jahrhundert agieren muss. Es gibt eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Prozessen. Dazu gehört die drohende Klimakatastrophe. Dazu gehören aber auch soziale Entwicklungen aufgrund der postindustriellen Gesellschaft, wo wir zu lange, glaube ich, immer nur die alten Antworten versucht haben zu geben. Wir haben dort Probleme, die es auch in anderen Ländern gibt mit linken Parteien in hoch entwickelten Industrieländern. Wir haben allerdings auch, wie wir jetzt zum Beispiel gerade sehen, in Frankreich oder in einigen anderen Ländern positive Ansätze, wie man diese Probleme überwinden kann und wieder wirklich zu einer linken Volkspartei werden kann. Das haben wir zurzeit nicht erreicht. Bei uns sind die divergierenden auseinanderstrebenden Positionen stärker zu spüren als die Dinge, die man wirklich als schlüssige Antwort für die Wähler für das 21. Jahrhundert geben kann, aber genau daran müssen wir arbeiten.

Heinemann: Können Sie ein Beispiel für eine schlüssige Antwort nennen?

Gallert: Na ja. Wir haben in dem Kontext, den wir zum Beispiel angesprochen haben, darüber zu diskutieren, wie man mit einem real existierenden militärischen Aggressor umgeht, und deswegen ist es zum Beispiel wichtig, dass wir darüber diskutieren, was sind denn alternative Sicherheitskonzepte. Und ich glaube schon, dass wir mal darüber nachdenken müssen, wie es gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa jenseits der NATO geben kann, die am Ende aber dazu führen, dass die Militärausgaben der einzelnen Länder nicht etwa steigen, sondern dass sie sinken können. Darüber müssen wir diskutieren. Wir müssen genauso darüber diskutieren, wie wir zum Beispiel die jetzt akuten Probleme durch diese extreme Inflation vor allen Dingen bei den Energiepreisen dadurch abfangen können, dass wir ganz gezielte Maßnahmen für die Menschen einsetzen, die aufgrund ihres geringen Einkommens davon betroffen sind, und nicht über allgemeine Steuersenkungen zu diskutieren haben. Ich glaube, da gibt es schon die Möglichkeit, auch vernünftige schlüssige Antworten zu geben.

Heinemann: Zu dem ersten Bereich noch mal ganz kurz. Sinkende Militärhaushalte fordern Sie oder wünschen Sie sich. Wie schätzen Sie die Friedensbereitschaft der mutmaßlichen Kriegsverbrecher Putin und Schoigu oder des Antisemiten Lawrow ein?

Gallert: Die schätze ich relativ gering. Ich weiß allerdings auch, dass Deutschland jetzt bereits einen Militäretat von 50 Milliarden Euro hat, dass der Militäretat Russlands bei 62 Milliarden Euro steht, und dass ausschließlich die EU-Mitgliedsstaaten, die gleichzeitig in der NATO sind, bereits jetzt das sechs- bis siebenfache Militärbudget Russlands haben. Deswegen kann mir niemand, aber bitte niemand erzählen, dass eine noch massivere Aufrüstung, die dazu führt, dass nur die europäischen Länder – ich rede hier nicht von der NATO; die hat bereits jetzt ein fast 20faches Militärbudget gegenüber Russland -, dass das helfen wird, Putin, Lawrow oder das politische System, was dahinter steht, zu weniger Krieg zu realisieren, zumal Sie auch in Ihrer Frage vergessen haben, dass wir mal uns gefälligst darum Gedanken zu machen haben, wie der Kriegstreiber Erdogan und seine militärische Aggression zum Beispiel gegen Syrien gestoppt werden kann – übrigens ein NATO-Mitgliedsstaat.

Heinemann: Herr Gallert, für Die Linke gilt seit Jahren, wer solche Parteifreundinnen hat benötigt keine Feinde mehr. Wieso sind einige Linke nicht in der Lage, friedlich miteinander umzugehen?

Gallert: Nun ist das bei den Linken schon immer so, dass es hier um eine programmatische Partei geht. Es geht immer darum, dass Linke die Gesellschaft verändern wollen und nicht sich einfach nur in der Macht einrichten. Deswegen gibt es bei der Linken immer sehr, sehr viele interne Debatten um den richtigen Weg, die auch sehr deutlich, manchmal in einer Art und Weise geführt werden, die nicht zu akzeptieren sind.

Ich glaube aber, das aktuelle Problem der Linken sind nicht wirklich auch in der Sache harte Debatten. Das aktuelle Problem ist, dass wir keine Erfolge zurzeit erzielen, weil wir auch den Menschen keine einheitliche, wirklich überzeugende Idee für die gesellschaftliche Entwicklung vermitteln. Und wenn man nicht mehr richtig in die gesellschaftliche Debatte eingreift – und das müssen wir leider zurzeit von uns ein Stück weit konstatieren -, dann fängt man an, diese Energie nach innen zu organisieren und sich untereinander zu streiten, statt mal darüber nachzudenken, was sind die gesellschaftlichen Realitäten, wofür werden wir eigentlich gebraucht.

Das ist die aktuelle Situation und die müssen wir überwinden. Aber das können wir nicht überwinden, indem wir Einigkeitsappelle schreiben, sondern die können wir nur überwinden, wenn wir wirklich wieder eine gesellschaftliche Idee entwickeln, wie Die Linke des 21. Jahrhunderts die aktuellen Fragen, die die Leute uns stellen, auch wirklich überzeugend beantworten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

